

SO sehen wir es

Herausgeber: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Druck: Brühwiler AG, Horgen
Erscheint sechsmal jährlich
Preis: Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 8.-
Nummer 6/88, November 1988



Boden- und Baupolitik in Wädenswil

"Alles halb so schlimm, wir werden das schon in den Griff bekommen, aber nicht mit dieser unvernünftigen 'Stadt-Land-Initiative', die mehr schadet als sie nützt". So lautet der Tenor der Argumente gegen die Initiative, die der Bodenspekulation ein Ende bereiten will. Ein Blick in die Zeitungen genügt um zu wissen, dass gar nichts im Rahmen ist. Im Gegenteil: Hohe Bodenpreise, teure Mieten, leerstehende Wohnungen, weil es wichtigeres zu tun gibt, als billigen Wohnraum instandstellen, überall wird gebaut, mit oder ohne Bewilligung. Hauptsache die Kasse stimmt. Wädenswil bildet da keine Ausnahme, wie dieser Beitrag zeigt.

Anlagemöglichkeiten für ihre grossen Geldsummen suchen. Diese "unnatürliche Nachfrage" treibt die Preisspirale an und macht damit den Boden für Geldanlagen und der dazugehörigen Spekulation erst recht interessant...

Gegenwärtig stehen wir in der Situation, wo sich dieser Teufelskreis immer schneller dreht. Mit den heutigen Bestimmungen lässt er sich nicht aufhalten! Nur eine Bodenreform, welche die "unnatürliche Nachfrage" unterbindet, kann den heute völlig aus den Fugen geratenen Bodenmarkt wieder ins Gleichgewicht bringen und damit die

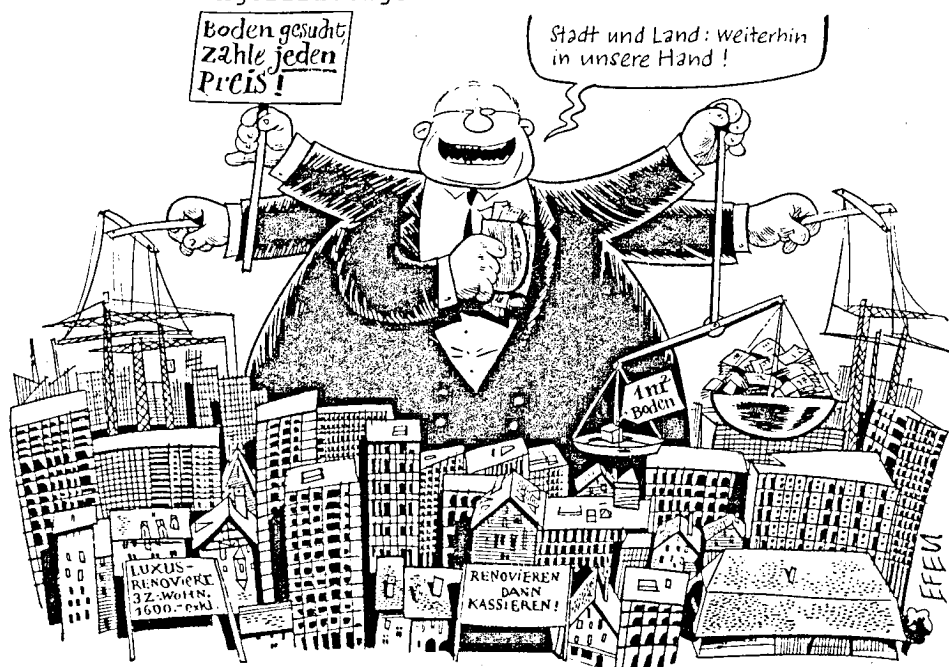
Fortsetzung Seite 7

Die Bodenpreise fahren in den Himmel. Aus der Traum vom Eigenheim. Durchschnittsverdiener müssen ihre Hoffnungen begraben. Das teure Pflaster wird zum Tummelplatz für Spekulanten und Grossanleger. Auch Wädenswil bildet da keine Ausnahme. Im Zentrum der Stadt Wädenswil werden bis zu 2000 Franken pro m² Boden bezahlt. In den Aussenquartieren sind 500-600 Franken an der Tagesordnung (siehe auch Kasten "Auf die 'Flora' gesperbt").

Bodenpreise. Wenn die Bodenpreise steigen, wird der Boden immer interessanter als Kapitalanlage und als Spekulationsobjekt. Zur "natürlichen Nachfrage" (für Bauten usw.) kommt die "unnatürliche Nachfrage" von allen, die kurz- oder längerfristige

Unter dieser Preisexplosion leiden schlussendlich die Mieter, das Kleingewerbe, die Pächter. Sie müssen mit ihren Mietzinsen diese hohen Kaufpreise nachträglich finanzieren.

Boden ist ein kanppes, unvermehrbares Gut. Wenn infolge Landbedarfs für Neubauten aller Art die Nachfrage nach Boden zunimmt, steigen die



Der Abfallberg wächst!

Auch im Bezirk Horgen nimmt die Abfallmenge weiter zu. Die Kapazität des Verbrennungsofens in der Kehrichtverbrennungsanlage Horgen (KVA) ist erreicht. Kommt hinzu, dass entgegen früheren Annahmen auch der getrocknete Klärschlamm verbrannt werden muss. Was tun? Drei Möglichkeiten stehen zur Wahl: Wahl:

- ab sofort weniger Abfall produzieren und abliefern;
- den Abfall deponieren;
- einen zweiten Verbrennungsofen installieren.

Eine sofortige Reduktion des Abfalls in dem erforderlichen Ausmasse ohne flankierende Massnahmen ist nicht zu realisieren. Deponien stossen - meist sehr berechtigt - auf Widerstand. Bleibt noch der zusätzliche Ofen.

Die SP des Bezirkes Horgen und auch die SP Wädenswil werden dem Einbau eines zweiten Ofens in der KVA Horgen nicht opponieren. Zur Zeit ist dies die einzige Sofort-

lösung, die es auch ermöglicht, die im Abfall enthaltenen giftigen Stoffe einigermassen - nicht restlos! - unter Kontrolle zu halten.

Die SP gibt sich jedoch mit dieser Zustimmung zum Ausbau der KVA alleine nicht zufrieden. Nach den vielen schönen Worten aus allen politischen Richtungen über die Abfallverminderung sind nun endlich Taten gefordert. Und zwar so schnell als möglich und auf allen politischen Stufen. Diese Massnahmen aus SP-Sicht - Triage beim Bauschutt, Materialdeklarationspflicht bei allen Produkten usw. - werden in der kommenden SO-Nummer vorgestellt.

Ja zur Sackgebühr...

Als eine erste Sofortmassnahme befürwortet die SP die Einführung der Güsselsackgebühr. Damit hat jede und jeder es selber in der Hand zu bestimmen, wieviel Geld er oder sie für die Beseitigung des eigenen Abfalls ausgeben will. Gleichzeitig gilt das

Wir sind jetzt 100.

Und geben noch lange keine Ruhe.



Verursacherprinzip auch für Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe, die bis jetzt mit einer Pauschalgebühr wesentlich besser gefahren sind als Privatpersonen.

... aber mit flankierenden Massnahmen!

Damit die verantwortungsbewussten Menschen auch wirklich nicht allen Abfall in den Güsselsack stopfen müssen sind auf Gemeindeebene flankierende Massnahmen nötig. Die SP fordert daher die Schaffung von weiteren Quartierkompostieranlagen, die Erstellung von Separatsammelstellen - u.a. für Metalle, Öl, Batterien - und weitere Glascontainer, verteilt über das ganze Gemeindegebiet. Wer seinen Abfall umweltgerecht reduzieren will, soll dies ohne grossen zusätzlichen zeitlichen und finanziellen Aufwand tun können. Ohne diese Massnahmen wird auch die Sackgebühr nicht die erwartete Abfallverminderung bringen.



Sie hat das Herz auf dem rechten Fleck: Links.

Sie ist spritzig, kritisch, engagiert und umweltfreundlich - darum auch klein im Umfang. Sie hat eine eigene Meinung - die linke Tageszeitung für den Kanton Zürich.

Schauen Sie das Volksrecht unverbindlich an, schnuppern Sie, lernen Sie es kennen.

Neu: Seit 1988 mit ausgebauter In- und Auslandsberichterstattung!

Talon

- ☐ Ich möchte das Volksrecht, die rot-grüne Tageszeitung, kennenlernen und bestelle ein Schnupper-Abo während 3 Monaten für 20 Franken.
- ☐ Ich abonniere das Volksrecht für die Dauer eines Jahres zum Preis von 126 Franken.

Vorname, Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Talon einsenden an: Volksrecht, Postfach, 8021 Zürich

40-Stunden-Woche

Selbstverständlich für alle!

Schweizerischer Gewerkschaftsbund



Mehr Zeit für uns! 40-Stunden-Woche – Schaffe statt chranpffe

Wer kennt ihn nicht, den Spruch: "Vor dem Gesetz sind alle gleich"? Nur stimmt er leider nicht. So zum Beispiel wenn es um die Arbeitszeit geht. Bauarbeiter im Berggebiet kennen die 55 Stundenwoche, das Tankstellenpersonal die 52-Stunden-Woche. Laut Gesetz sind beim Servicepersonal 60 Stunden zulässig, dank dem Gesamtarbeitsvertrag muss an

Ja zur "Büelenscheune"

In den letzten Jahren haben sich viele Wädenswilerinnen und Wädenswiler gefragt, was eigentlich mit der Büelenscheune geschehen sollte. Abreißen, als Abstellhalle benützen, Umbauen, lauteten die jeweils wechselnden Antworten. Nun ist eine dauerhafte Lösung in Sicht. Die Scheune soll erneuert werden und inskünftig als Kindergarten und Wohnhaus dienen.

Auf "einen Streich" werden damit 3 Ziele erreicht:

- Die Umgebung der Büelenhäuser wird nicht durch einen Abbruch zerstört. Den Anliegen des Heimatschutzes wird somit Rechnung getragen.
- Mit dem Einbau des Kindergartens in die Scheune muss das dafür vorgesehene Areal in der Lättenüberbauung nicht verbaut werden. Es kann weiterhin als Spielplatz benützt werden. Der Bau schafft im Glärnischschulhaus Platz, damit der dortige Hort mehr Räumlichkeiten erhält und nicht mehr überlastet sein wird.
- Die Scheune wird als Wohnraum genützt, der in Zentrumsnähe liegt.

Damit kommt die Vorlage den Interessen des Heimatschutzes, der Schulpflege und der Forderung nach mehr Wohnraum beim Zentrum entgegen. Aus diesen Gründen wurde die Vorlage im Gemeinderat oppositionslos genehmigt. Sie verdient auch ein Ja der Stimmberechtigten.

vielen Orten die Serviertochter "nur" noch 46 Stunden pro Woche arbeiten. Auch das Bundespersonal kennt nur die 42 Stundenwoche. Ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz muss noch mehr als 45 Stunden in der Woche arbeiten.

Wer hat diesen Spruch noch nie gehört: "Arbeiten hat noch keinem geschadet"? Der stimmt leider auch nicht! Gerade in den letzten Jahren hat die Hektik an den Arbeitsplätzen zugenommen. Dies führt zu Stress und zu Krankheiten. Speziell ältere Arbeitnehmer, sonst schon benachteiligt in



Jahrestag ist Alltag

Der 1. November 1986 hat ein Schlaglicht geworfen auf ein an sich bekanntes und weitgehend akzeptiertes Verhalten; auf die Tatsache, daß in der Schweiz Tag für Tag, Stunde um Stunde, Unmengen von giftigen Stoffen in den Rhein geleitet werden – absolut legal.

6'084 kg Kohlenwasserstoffe,
75 kg Zink,
9 kg Kupfer,
2 kg Blei,
11'952 kg Magnesium,
50'025 kg Kalium,
24'825 kg Natrium,
37'353 kg Chlorid,
60'480 kg Sulfat,
101 kg Nitrit,
3'983 kg Nitrat,
353 kg Ammonium
1'388 kg Stickstoff und
344 kg Phosphor

bringt der Rhein jede Stunde über die Grenze bei Basel. Vor der Katastrophe bei Schweizerhalle und seither. Mit Billigung der Behörden. Pro Tag werden auf Schweizer Gebiet 4'707 Tonnen Schadstoffe in den Rhein eingeleitet. In einen Fluß, der 20 Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt.

der Arbeitswelt, sind davon besonders betroffen.

Dank den modernen Arbeitsmethoden, Automaten und Computern wird immer schneller und rationelle produziert. Alle leisten immer mehr. Da ist es nur gerecht, wenn auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Anteil an diesem Fortschritt erhalten. Konkret: Für's gleiche Geld etwas weniger lang arbeiten müssen. Der Gesundheit und der Lebensqualität zuliebe.

Jetzt besteht die Chance, dass alle die Arbeitszeit verkürzen können. Wenn wir sie nicht packen und Ja stimmen, kommt sie bestimmt lange nicht mehr. Niemand schenkt den Arbeitnehmern mehr Ferien oder eine frühere Pensionierung, wenn wir am 4. Dezember auf die 40-Stunden-Woche für alle verzichten!

Jetzt isch's Zit

Ausstieg aus der Atomenergie, kürzere Arbeitszeit, erschwingliche Mieten, Senkung des Rentenalters, Solidarität mit Entwicklungsländern, wohnliches Wädenswil. Das sind unsere Ziele.

Finden Sie diese Ziele auch wichtig? Dann nehmen Sie mit uns Kontakt auf. Senden Sie den Talon ein.

- ☐ Sendet mir Unterlagen über die SP.
- ☐ Nehmt mit mir Kontakt auf.
- ☐ Ich will SP-Mitglied werden.

Name, Vorname:

.....
.....

Adresse:

.....
.....

Einsenden an: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil

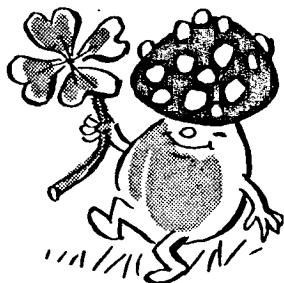
Nein zur Erhöhung der Verkehrsabgaben

Wiedereinmal will der Kanton die Verkehrsabgaben erhöhen. Die SP ist für ein Nein, da die Abgaben erneut nicht fahrleistungsabhängig erhoben werden sollen. Vielfahrer werden weiterhin gegenüber den Wenigfahrern begünstigt. Wer wenig fährt, soll auch weniger zahlen müssen!

Rätselhafte Sozialdemokraten

Diesmal gibt's kein Rätsel. Dafür nachstehend die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner beim Preisrätsel in der letzten SO-Nummer.

1. Preis: Martin Pfrunder, Au.
2. Heidi Knabenhans, Samstagen;
3. Ottilia Stehrenberger, Wädenswil;
4. Hanna Götte, Wädenswil;
5. Esther Signer, Wädenswil;
6. Lise Meyer, Ebertswil;
7. Ruth Walt, Wädenswil;
8. Martin Leiser, Dietikon;
9. Matthias Gallati, Wädenswil.



Die SO-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern erholsame und friedliche Festtage und einen mutigen und erfolgreichen Start ins 1989!

Das nächste "SO sehen wir es" erscheint im Februar 89.

Die "Wahrheit" in Wädenswil

Was vor Jahren noch unmöglich schien, ist heute Normalität. So kann man nun auch am Bahnhofkiosk in Wädenswil endlich die "Wahrheit" lesen. Gemeint ist die "Prawda" aus Moskau. Für SFr. 1.50 kann man sich somit über "Glasnost" und "Perestroika" direkt aus erster Hand informieren.

Gemeindesaal, Kongresszentrum oder was?

Regelmässig meldet sich in letzter Zeit im AAZ die Gruppe "Kongresszentrum niemals - Gemeindesaal nicht am Standort Rosenhof" zu Wort. Die Gemeinderatsfraktionen erhielten sogar einen Brief der Gruppe, worin sie sich überrascht zeigt, "wie bedenkenlos das 15 Millionenprojekt vom Rat genehmigt wurde...", "wie wenig bekannt die unerträgliche Situation im Stadtkern zu sein scheint und wie leicht man es nimmt, diese auch auf die Nachtstunden auszudehnen".

Erstaunlich ist eher, dass sich im Vorfeld der Gemeinderatsitzung, als der AAZ den stadträtlichen Antrag für einen Projektierungskredit publizierte, keine Opposition in der Zeitung zu Wort meldete. Auch dann nicht, als die Meinungen der Fraktionen publiziert wurden. Dabei ist doch auch ein Redaktionsmitglied der Zürichsee-Zeitung in der Gruppe.

Liest man die Beiträge der Gruppe im AAZ genauer, merkt man bald, wie da zur Demagogie gegriffen wird. Schon beim Namen "Kongresszentrum niemals" fängt es an. Von einem Kongresszentrum steht im stadträtlichen Antrag nichts. Es wird klar von einem Gemeindesaal gesprochen, der eben heute in Wädenswil fehlt. Ebenso wenig wurde vom Gemeinderat ein 15 Mio

Projekt genehmigt, sondern erst ein Kredit für einen Projektwettbewerb in der Höhe von 140'000 Franken.

Zur Verkehrsbelastung: Jeder Gemeindesaal, der nicht im Zentrum steht, löst weit mehr Privatverkehr aus. Denn nur das Zentrum ist mit Bus und Bahn gut erschlossen, die Heimfahrt ist mindestens bis Mitternacht gewährleistet. Wenn schon von Mehrverkehr die Rede ist: Wieso setzt sich die Gruppe nicht auch gegen das Parkhaus auf dem Eidmattareal ein, das ja ebenfalls in unmittelbarer Nähe geplant ist? Bringt das etwa weniger Verkehr?

Geradezu grotesk wird es, wenn die Gruppe sich Sorgen um die immer weniger werdenden Wohnungen im Stadtzentrum macht. Bis jetzt wurden Wohnungen durch Geschäfte und Büroräumlichkeiten verdrängt - sei es direkt durch Umnutzungen, sei es indirekt durch den Einkaufs- und Besucherverkehr, der ein Vielfaches des vom Gemeindesaal zu erwartenden ausmacht - und nicht vom Gemeindesaal. Dagegen wehrten sich die einzelnen Komiteemitglieder nicht, obwohl sie ja in unmittelbarer Umgebung wohnen. Man wollte es ja nicht mit "einflussreichen Leuten" verderben.

Hermann Koch

Коммунистическая партия Советского Союза

ГОЗУДА ОСНОВАН
5 мая 1912 года
В. И. ЛЕНИНЫМ

ПРАВДА

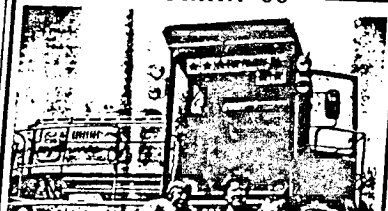
Орган Центрального Комитета КПСС

№ 234 (25574) Четверг, 31 августа 1988 года Цена 4 коп.

ПЕРЕСТРОЙКА ПАРТИЯНОГО АППАРАТА

Его работу должны отличать
гласность, деловитость, связь с массами

УРОЖАЙ-88



По

ВНИМАНИЕ! В газете "Правда" опубликованы материалы, касающиеся деятельности органов государственной безопасности. Эти материалы являются государственными секретами и подлежат строгой охране. За их разглашение предусмотрена ответственность по закону.

24 стр. планов

СССР - Тип

Parkplatzfieber ausgebrochen

In Wädenswil - sonst in Umwelt- und Verkehrsfragen zu den aufgeschlosseneren Gemeinden zählend - ist mit etlicher Verspätung eine anderswo bereits in die Genesungsphase getretene Krankheit ausgebrochen: die Manie, zur angeblichen Lösung von Verkehrsproblemen an allen Ecken und Enden das Parkplatzangebot vergrössern zu wollen. Dass dabei der Gemeinderat eine Vorlage zum Bau von P+R-Plätzen verabschiedet hat, ohne dass er zuvor ein Gesamtkonzept diskutierte, trägt zur Heilung des Patienten gar nichts bei.

Es ist klar: In den Stosszeiten herrscht im Zentrum unserer Stadt das Chaos. Zuviel Autoverkehr und angeblich zuwenig Parkplätze. Was dagegen tun? Der Stadtrat machte als erstes eine Bestandsaufnahme aller Parkplätze. Ein sinniger Weg. Da weiss man, was man hat. Darauf aufbauend erarbeitete er ein Parkplatzkonzept für die Stadt aus und verabschiedete dies zu Händen des Gemeinderates. Vom Ablauf her auch noch sinnvoll, auch wenn das Konzept über 300 neue Parkplätze vorsieht. Gleichzeitig überwies er dem Gemeinderat eine Weisung für die Erstellung von Park+Ride-Parkplätzen (P+R) im Rahmen einer zweiten Parkebene beim heutigen Parkplatz "Weinrebe". Dieser Ausbau entspricht dem Parkplatzkonzept. So weit, so gut.

In der Zwischenzeit waren auch Private aktiv geworden. Die Interessengemeinschaft "Feuerwehr- und Parkgebäude Eidmatt" legte eine erste Skizze für den Bau eines zentralen Parkhauses unter dem Eidmattplatz vor. Diese Skizze wurde der Öffentlichkeit via AAZ dann detailliert vorgestellt. Ungefähr zur gleichen Zeit starteten Anwohner des Weinrebenparkplatzes eine Initiative für ein Parking-Gesamtkonzept. Es war somit vieles im Fluss.

Bürgerliche Zwängerei

Statt nun sich, angesichts der neuen Vorschläge, zu einem Parkplatzkonzept im Gemeinderat zusammenzuraufen, zog es die bürgerliche Mehrheit vor, zuerst die Vorlage für den Bau der P+R-Parkplätze zu diskutieren. Motto: Zuerst bauen, dann planen!

Auch wenn es sich bei dieser Vorlage um P+R-Parkplätze handelt - sie stehen für Benutzer des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung -, die bei der Inbetriebnahme der S-Bahn im Mai 1990 erstellt sein müssen, so die Argumentation, ist das Vorgehen falsch. Gerade so dringend wie die P+R-Plätze wäre es, die Verkehrssituation beim Bahnhofplatz für alle Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs zu verbessern. Doch davon ist weit und breit nichts zu sehen.

Aber auch die P+R-Anlage ist noch nicht gebaut. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten an der Urne - vermutlich am 5. März des kommenden Jahres. Jenes Resultat wird dann zeigen, ob es klug war im Gemeinderat eine Vorlage durchzustieren statt sich zuerst auf ein Konzept zu einigen, bei dem allen klar ist, wo wieviele Parkplätze geplant sind und was noch gebaut werden soll.



585 neue Parkplätze?

Für die SP ist klar: Bevor das vom Stadtrat verabschiedete Parkplatzkonzept nicht vom Gemeinderat genehmigt ist, wird die SP-Gemeinderatsfraktion keiner Vorlage für den Bau von weiteren Parkplätzen - Park + Ride-Parkplätze eingeschlossen - zustimmen.

Was das Projekt für ein Parkhaus unter dem Eidmattplatz betrifft, bleibt festzuhalten, dass auch ohne Beteiligung der Stadt an diesem Projekt die Mitsprache der Stimmberechtigten gesichert ist. Um das Projekt auch auf privater Basis zu realisieren, ist eine Änderung des Verkehrsplanes nötig. Darüber entscheiden letztlich die Stimmberechtigten. Des Weiteren muss durch die Bauherrschaft eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) über die Auswirkungen (Luftbelastung, Lärm, Verkehrszunahme usw.) dieser Anlage dem Stadtrat eingereicht werden. Für die SP Wädenswil steht dieses Parkhaus zur Diskussion, wenn alle rechtlichen Fragen geklärt sind, die UVP positiv ausfällt und auch die Auswirkungen auf das Stadtzentrum positiv sind.



Ärger mit der Steuerbehörde? Fachmann erstellt Ihnen gerne ein gefälliges Gutachten. Koppsche Referenzen vorhanden. Wenden Sie sich vertrauensvoll an F. Cagianut, St. Gallen.

6 Gründe für ein Nein

Zum 6. Mal sind die Stimmberechtigten aufgerufen zu einer Initiative der Nationalen Aktion (NA) Stellung zu nehmen. Die neueste Initiative ist besonders perfid formuliert, die die Auswirkungen einer Annahme nicht auf den ersten Blick sichtbar werden. Sie vermeidet offensichtlich fremdenfeindliche Töne und gibt sich vordergründig gemässigt. Dabei ist sie genauso menschenverachtend wie ihre Vorgängerinnen.

Fremdenfeindlich

Die Schweiz wird nicht von Einwanderungsströmen überschwemmt wie die NA behauptet. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist heute nicht höher als 1910, es sind genau 14,7 Prozent. Die Zahl der Flüchtlinge beträgt rund 30'000 Menschen.

Stossend

Wer bis jetzt einige Zeit in unserem Land gearbeitet hatte, erhielt die Möglichkeit, wenige Rechte zu erwerben: Aufenthalt und Niederlassung. Dies soll durch die NA-Initiative drastisch beschränkt werden.

Menschenverachtend

Die Formulierung "Begrenzung der Einwanderung" soll weniger brüskieren als eine Ausweisungsforderung. Dabei müssten nach Annahme der Initiative 300'000 Menschen un-

ser Land verlassen. Mit der Initiative wird bewusst angestrebt, dass Familien auseinander gerissen werden.

Unhaltbar

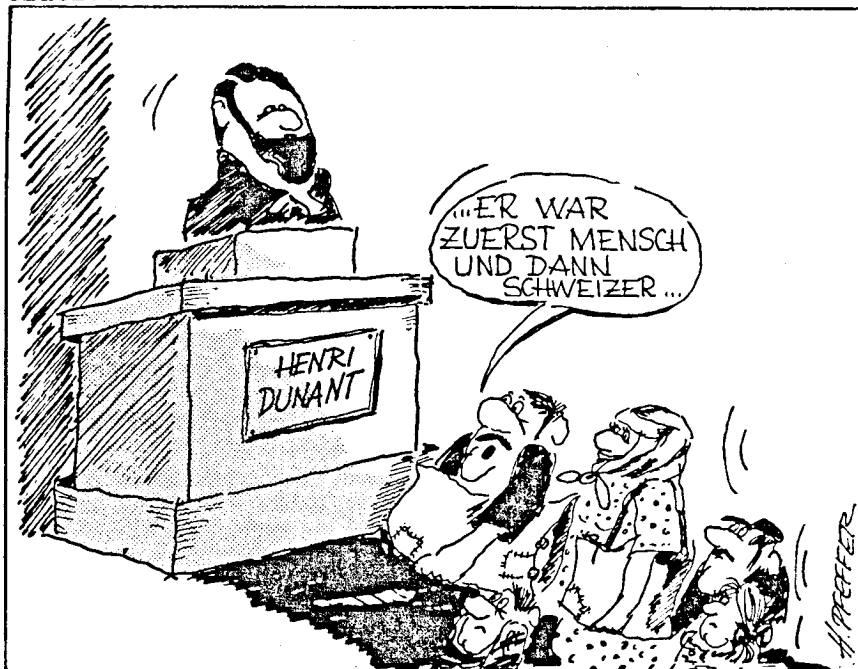
Die NA will die Saisonnierkontingente reduzieren. Menschlicher ist aber eine generelle Abschaffung dieses Statutes. Gemäss der Initiative können Saisonniers nie mehr auf eine Aufenthaltsbewilligung hoffen, ihre Integration würde zusätzlich erschwert.

Diskriminierend

Der menschenfeindliche Charakter der Initiative zeigt sich deutlich im Asylbereich: ob Flüchtlinge in der Schweiz noch Aufnahme finden, soll nicht mehr davon abhängen, ob sie bedroht sind, sondern nur noch von Zahlen. Noch mehr verfolgte und bedrängte Menschen müssten an der Grenze zurückgewiesen werden. Diese Menschenbuchhaltung widerspricht jeder Menschlichkeit.

Engstirnig

Die NA hält selber fest, dass bei Annahme der Initiative Staatsverträge gekündigt werden müssten. Wir aber wollen in einem Lande leben - und zusammenleben - das die Verträge respektiert und sich nicht mit Stacheldraht und polizeistaatlichen Methoden vom übrigen Europa isoliert.



Veranstaltungen

Für Fans von Wachtmeister Studer:

"Erinnerungen an einen Junkie"

So heisst eine Matinee im Gedenken an den 50. Todestag von Friedrich Glauser, dem Erfinder von Wachtmeister Studer. An dieser Matinee



werden die beiden heutigen Krimiautoren Frank Göre und Sam Jaun über Glauser und dessen Werke nachdenken, Hannes Binder stellt seine Bilder zum Krimi-Comic "Der Chineser", ebenfalls ein Stück von Glauser, aus.

Die Matinee wird vom Theater am Neumarkt und der SP des Kantons Zürich organisiert und findet statt am

Sonntag, 4. Dezember 1988
um 11.00 Uhr im Theater am Neumarkt.

Eintrittskarten können beim Theater am Neumarkt oder bei der SP Kanton Zürich bestellt werden (241 71 70).

Minestrone und rote Geschichten

Wie jedes Jahr mit verschiedenen Autorinnen und Autoren im Zürcher Volkshaus. Dieses Jahr am

Samstag, 17. Dezember, 18.00

Vorverkauf bei der SP der Stadt Zürich 242 82 66.

Gute Unterhaltung!

preisgünstige Wohnungen sind in Wädenswil Mangelware. Nun besitzt die Stadt das Haus "Adlerberg", das wie der danebenstehende "Eisenhammer" der Bivag - einer AG mit Wädenswiler Handwerkern - im Baurecht abgegeben wurde. Bedingung: Das Haus ist nach denkmalpflegerischen Auflagen des Stadtrates zu unterhalten. Die Umbaupläne sind dem Stadtrat innert einem Jahr einzureichen. Beurkundung im September 1986. Gleichzeitig kündigt die Stadt den bisherigen Mieterinnen und Mietern auf Ende März 1987.

Seit diesem Zeitpunkt stehen die Wohnungen leer. Grund: Der Stadtrat begann über die Abgabe der Liegenschaft an den Cevi zu studieren und die Bivag war anderweitig beschäftigt. Dabei ist klar, dass die Bivag das Gebäude vor allem als Arbeitsreserve bei einem allfälligen Einbruch der Baukonjunktur betrachtet.

Nun steht das Haus seit 1 1/2 Jahren leer. Die Stadt hat weder Zinseinnahmen von der Vermietung der Wohnungen noch von der Bivag, da ein Baurechtszins erst 5 Jahre nach Erteilung einer Umbaubewilligung zu zahlen ist. Die geprellten sind dabei die bisherigen Mieter, Wohnungssuchende und alle Steuerzahlerinnen und -zahler.

Die SP fordert den Stadtrat auf, endlich dafür zu sorgen, dass im Adlerberg wieder Menschen wohnen können und zwar möglichst schnell.

Fortsetzung von Seite 1
Preise normalisieren. Das ist die Grundidee der "Stadt-Land-Initiative".

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass sich etliche Leute gegen dieses Anliegen der Initiative zur

SP-Parolen

Eidgenössische Vorlagen:

"Stadt-Land-Initiative" gegen die Bodenspekulation JA
Initiative "40-Stunden-Woche" JA
NA-Initiative zur "Begrenzung der Einwanderung" NEIN

Kantonale Vorlagen:

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland JA
Aenderung des Verkehrsabgabengesetz (Erhöhung der Verkehrsabgaben) NEIN

Wädenswil:

Kredit von 1,5 Mio für die Erneuerung der Büelenscheune (Einbau des Kindergartens) JA

Wehr setzen. Schliesslich möchten sie ja auch weiterhin Geld verdienen, am besten geht's mit Spekulieren. Die Kosten werden ja durch die Arbeitnehmer und Mieter bezahlt. Ein Ja zur "Stadt-Land-Initiative" schiebt diesem Ansinnen einen Riegel. PS.

Eine weitere Geschichte zu diesem Thema ist auf Seite 8 zu lesen. Titel: "Die Migros macht's".

DIE WENIGEN SCHWEIZER
DIE DAS SCHWEIZERLAND
BESITZEN
SINGEN
MIT DEN SCHWEIZERN OHNE LAND
DEREN HEIME UNHEIMLICH TEUER WERDEN
DAS ALTE LIED
O MEIN HEIMATLAND
O MEIN VATERLAND
WIE SO INNIG FEURIG
LIEB ICH DICH

Ernst Eggimann

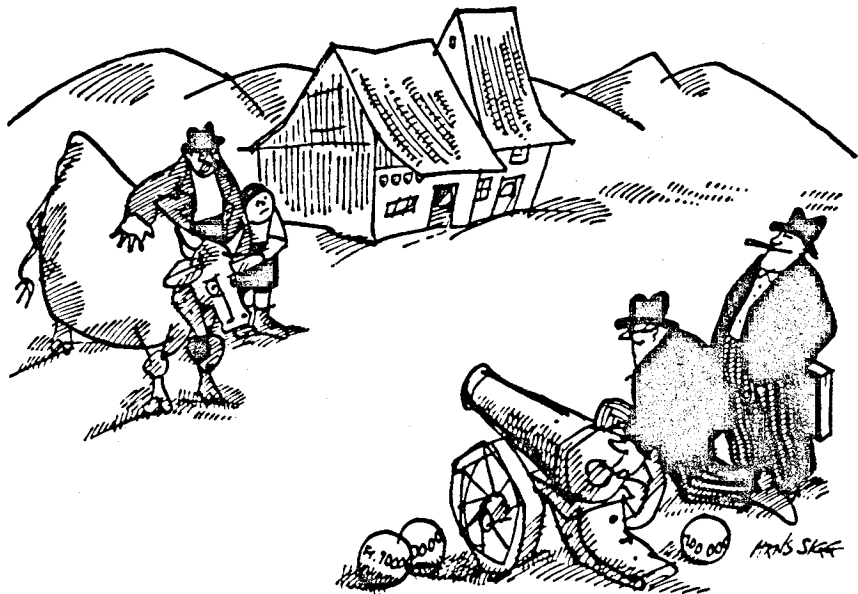
Auf die "Flora" gesperbt!

Mitte Jahr genehmigte der Gemeinderat den Kauf der Villa "Neuhof" an der Florhofstrasse. Auf den Landpreis umgelegt zahlte die Stadt für diese stattliche Liegenschaft einen Preis von 1'200 Franken pro m². Kurz darauf stand der Kauf der Liegenschaft "Altes Schulhaus Ort" in der Au zur Debatte. Landpreis: Fr. 600.-/m².

In einem Leserbrief wird der Stadtrat zu diesem Zeitpunkt gefragt, wie er dazu kommt, "einen derart übersetzten Preis anzubieten? Der Liegenschaftmarkt hat sich ohnehin von jeder vernünftigen Basis entfernt. Die Rechnung wird in der Regel vom Mieter beglichen".

Dem letzten Satz des Autors, Fritz Sperb, Direktor der hiesigen Sparkasse, kann sicher jede Leserin und jeder Leser zustimmen.

Kaum hat der Gemeinderat auch diesen Liegenschaftentkauf bewilligt ist zu vernehmen, dass die Liegenschaft "Flora" - vis à vis der Liegenschaft "Neuhof" - verkauft wurde. Preis: 1'500 Franken pro m². Verkäufer: Ein Herr Professor Hauser, alt Verwaltungsratspräsident der Sparkasse. Käuferin: Sparkasse Wädenswil. Deren Direktor: siehe oben. Nicht von "jeder vernünftigen Basis entfernen"?



Wiese um Wiese, Hof um Hof

Die Migros macht's

Bauausschreibungen im AAZ werden leider zu wenig beachtet, obwohl gerade sie einen grossen Informationswert haben. Man weiss, wer was wo zu bauen gedenkt. Schliesslich ist jedermann bekannt, dass es auch für einen Hühnerstall oder ein Tomatentreibhaus eine Baubewilligung braucht. Letztthin gab's aber überraschendes zu lesen.

Ausgeschrieben waren vier Bauprojekte - alle bereits oder teilweise er-

stellt! Darunter eine Materialdeponie.

Nun kann man noch knapp verstehen, dass ein Bauer meint, seine Hocheinfahrt bei seiner Scheune auf seinem Grund und Boden brauche keine Bewilligung. Kein Verständnis findet aber die Migrosgenossenschaft, Liegenschaftsverwaltung. Sie erstellte einfach einen Dachaufbau ohne Baubewilligung. Frei nach dem Motto: "Die Migros hat's", die Migros macht's. Auch ohne Bewilligung vorher einzuholen.

AHV-Ergänzungsleistungen beanspruchen!

Erfreuliche Nachricht für die Bezügerinnen und Bezüger von AHV- und IV-Beihilfen. Ab dem 1. Januar 1989 werden die kommunalen Ergänzungszulagen der Stadt Wädenswil um über 50 Prozent erhöht! Der Gemeinderat hat einer entsprechenden Aenderung der Vorlage - zurückgehend auf einen SP-Vorstoss - zugestimmt.

Mietzinszulagen

Neu ist auch, dass die Stadt an Bezüger dieser Ergänzungsleistungen Mietzinszulagen ausrichten muss. Die Bedingungen dafür sind ebenfalls in der neuen Verordnung geregelt. Es lohnt sich also für die Bezüger von Ergänzungszulagen sich noch in diesem Jahr beim Sozialamt die nötigen Auskünfte und Berechnungsunterlagen einzuholen.

Aber auch allen andern AHV- und IV-Bezügerinnen empfehlen wir, sich über den Bezug von eidgenössischen Ergänzungsleistungen zu informieren. Ergänzungszulagen sind keine Almosen, sondern ein rechtlich zustehender Bestandteil der AHV oder IV für Personen mit kleiner Rente und wenig Vermögen!

Die «Alpentransversale» der SBB ...



Wer in den Schnee fällt, hat nur für kurze Zeit eine weisse Weste.

Letzte Gelegenheit für Frauen,...

... die verheiratet sind und ihren ledigen Namen oder ihr altes Bürgerrecht wieder annehmen wollen. Die Frist zur Anmeldung der Aenderung bei den Gemeindekanzleien des Wohnortes läuft am 31. Dezember 1988 aus. Da dieser Tag ein Samstag ist, muss die Florhofstrasse 6 spätestens am 30. Dezember betreten werden. Sonst geht es ohne Aenderungen ins 1989.